

## WKOÖ-Präsident Trauner: Vollendung des Strombinnenmarktes darf nicht auf halbem Weg stecken bleiben

### Diskussion über Umgestaltung bestehender Preiszonen für Strommärkte Wirtschaft organisiert breite Allianz für Beibehaltung der deutsch-österreichischen Preiszone

Der rasante Ausbau erneuerbarer Energieträger hat insbesondere in Deutschland zu einer deutlichen Zunahme von ungeplanten Lastflüssen geführt, die sich durch den schleppenden Ausbau leistungsfähiger Nord-Süd-Verbindungen auch auf die Netze der Nachbarländer auswirken. Bei hoher Windeinspeisung im Norden oder hoher PV-Einspeisung im Süden kommt es immer häufiger zu Netzengpässen. Durch die zeitliche und räumliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage treten insbesondere im Dreiländereck Frankreich-Deutschland-Schweiz, aber auch in Polen und Tschechien fallweise ungewollte Ringflüsse auf, die Eingriffe der Netzbetreiber erfordern. Derartige Ringflüsse lassen sich nicht gänzlich vermeiden, können aber durch effektive technische Stabilisierungsmaßnahmen begrenzt werden.

Dessen ungeachtet haben Polen und Tschechien die Forderung erhoben, das deutsch-österreichische Marktgebiet aufzuspalten und einen künstlichen Engpass zwischen den beiden Ländern zu definieren. Ob diese Maßnahme tatsächlich eine Lösung zur Vermeidung der Ringflüsse darstellt, ist jedoch umstritten. Das vorgeschlagene Marktsplitting würde Europa teuer zu stehen kommen und die Vollendung des Energiebinnenmarktes gefährden. Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber ENTSO-E sowie die europäische Energieregulierungsbehörde ACER prüfen daher zurzeit mögliche Optionen eines neuen Marktdesigns.

### Neue Marktgrenzen können Problem nicht lösen

„Europa steht vor der Frage, mit welchen Maßnahmen bei wachsenden Anteilen von Wind- und Sonnenenergie die Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleistet und wettbewerbsfähig gestaltet werden kann“, verweist WKOÖ-Präsident Rudolf Trauner auf diese strategisch wichtige Entscheidung für den Wirtschaftsstandort. „Die Vollendung des Energiebinnenmarktes sowie die Modernisierung und der rasche Ausbau der Energie-Infrastruktur sind schon seit Jahren zentrale Forderungen der Wirtschaftsvertretung zur Verwirklichung der Energieunion.“

Die Vorteile der seit Beginn der Strommarktöffnung bestehenden deutsch-österreichischen Preiszone liegen klar auf der Hand: Sie verfügt im Vergleich zu anderen europäischen Handelsplätzen über eine überdurchschnittlich hohe Liquidität - sowohl im Spot- als auch im Terminmarkt. Die ermittelten Großhandelspreise haben Signalwirkung für den gesamten europäischen Raum. Nicht

zuletzt wird mit Ausfallzeiten von rund 30 Minuten pro Jahr eine nahezu 100-prozentige Versorgungssicherheit gewährleistet.

Die Teilung der deutsch-österreichischen Preiszone hätte nebenbei gravierende Auswirkungen auf den heimischen Strompreis. Aktuelle Studien gehen von Mehrkosten in Höhe von 100 Mio. Euro pro Jahr aus. Der Grund liegt darin, dass die Unternehmen ihren Energiebedarf nicht mehr auf der Grundlage eines einheitlichen Großhandelspreises beschaffen könnten. Damit würden sich sowohl deren Stromkosten als auch die administrativen Kosten erhöhen.

„Gerade vor dem Hintergrund des steigenden Anteils erneuerbarer Energieträger sind möglichst große Preiszonen mit der damit verbundenen hohen Liquidität und der benötigten Flexibilität, insbesondere im Regelenenergiemarkt, wichtig. Eine Verkleinerung der Preiszonen ist deshalb absolut kontraproduktiv“, ist Trauner überzeugt. Ein Strommarkt-Splitting würde die Etablierung des gemeinsamen europäischen Strombinnenmarktes erheblich erschweren, die Markteffizienz, den Wettbewerb und die Liquidität verringern und letztlich höhere Preise nach sich ziehen, ohne das Problem der Ringflüsse effektiv zu lösen.

### **Nur rascher Ausbau leistungsfähiger Nord-Süd-Verbindungen sorgt langfristig für hohe Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise**

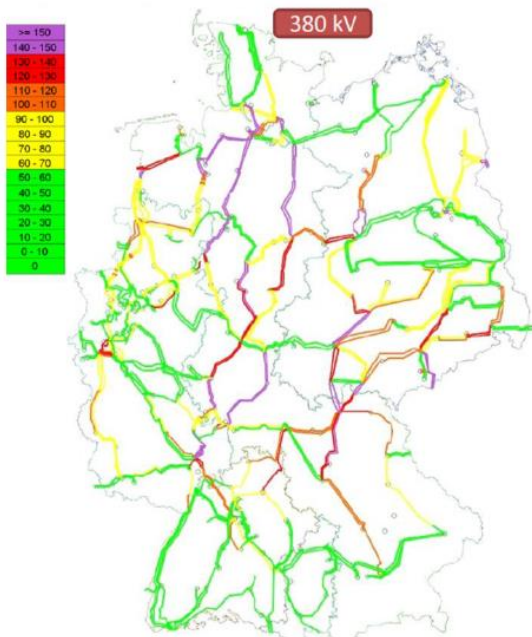
Nicht nachvollzogen werden kann die aktuelle Diskussion zum Strommarkt-Splitting auch vor dem Hintergrund des aktuellen Berichtes der deutschen Bundesnetzagentur vom 30. April 2015 über den Netzreservebedarf. Zeigt doch der Bedarf an Erzeugungskapazität zur Gewährleistung der Sicherheit und Zuverlässigkeit der Elektrizitätsversorgung für die kommenden beiden Winterhalbjahre und für die Langfristperspektive fallende Tendenz:

- 6700 MW bis 7800 MW für den Winter 2015/2016
- 6600 MW bis 7700 MW für das Jahr 2016/2017 sowie
- 1600 MW für die Langfristprognose im Jahr 2019/2020

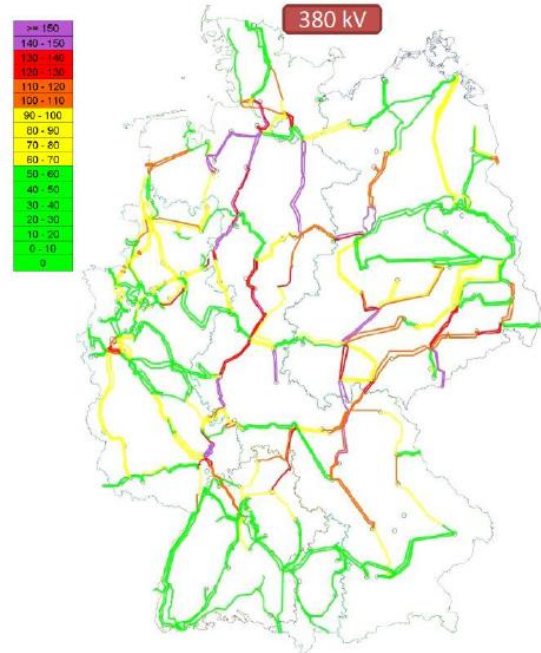
Der Bericht der Bundesnetzagentur befasst sich im Detail auch mit den Auswirkungen des Engpassmanagements an der deutsch-österreichischen Grenze. Eine Verbesserung bei den Verbund-austauschfahrplänen ergibt sich demnach nur im Starkwindfall. Die Limitierung der Stromexporte von Deutschland nach Österreich reduziert den Bedarf an Netzreserve von maximal 5,7 Gigawatt auf 1,6 Gigawatt. Ohne die Einführung eines Engpassmanagements läge der Reservebedarf bei 6,1 Gigawatt. Auf die restlichen Exporte hat die Trennung des Marktgebietes keine Auswirkungen.

Die Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber ergeben zwar für den Starkwindfall sehr hohe, unzulässige Auslastungen für bestimmte Leitungen - insbesondere im 380-kV-Netz. Wie die beiden folgenden Abbildungen zeigen, würde das Marktsplitting das Problem der Überlastung des Höchstspannungsnetzes nur marginal beheben (sh. Grafiken). Die linke Grafik zeigt die Leitungsauslastung bei Beibehaltung der deutsch-österreichischen Preiszone, die rechte Grafik die Leitungsauslastung für den Fall der Einführung eines Engpassmanagements. Beide Netzsimulationen wurden ohne Berücksichtigung von technischen Stabilisierungsmaßnahmen erstellt und zeigen, dass die Problemstellen innerhalb Deutschlands und nur fallweise bei den Grenzkuppelstellen liegen.

Die Netzbelastung verbessert sich durch das Strommarktsplitting nur unwesentlich



Netzbelastung mit  
Beibehaltung des Marktgebietes



Netzbelastung nach  
Aufsplittung des Strommarktes

„Eine Aufteilung des - bisher vorbildlich funktionierenden - gemeinsamen deutsch-österreichischen Strommarktes würde das Problem der Netzbelastung nur kurzfristig lösen“, verweist Präsident Trauner darauf, dass sich damit auch die langfristig effektivste und effizienteste Lösung des Problems durch den Ausbau der Übertragungsnetze verzögern könnte. Dieser muss - unter einer stärkeren länderübergreifenden Koordinierung zwischen den Übertragungsnetzbetreibern - schnellstmöglich vorangetrieben werden“, verweist Trauner auf die erst gestern veröffentlichte Förderchiene der EU-Kommission, wonach 150 Mio. Euro für transeuropäische Energieinfrastrukturprojekte - darunter einige wichtige Vorhaben in Deutschland - zur Verfügung stehen.

### Die deutsch-österreichische Preiszone muss erhalten bleiben Wirtschaft ortet breite Allianz hinter sich

„Ehe voreilig in den Markt eingegriffen wird, muss die aktuelle Situation im Detail überprüft werden, um die beste Lösung für die bestehende Preiszone und die angrenzenden Nachbarländer zu erarbeiten“, gibt Trauner die Richtung vor. „Vielmehr sollte darüber nachgedacht werden, wie die Vorteile der gemeinsamen Preiszone noch besser genutzt werden können, um den Wirtschaftsstandort voranzubringen.“ Ein erster Vorschlag wäre etwa, rasch einen gemeinsamen länderübergreifenden Markt für Ausgleichs- und Regelenergie zu installieren.

In Österreich weiß Trauner alle Stakeholder von der Energiewirtschaft über die Regulierungsbehörde bis hin zur Politik hinter sich. Erst vor kurzem haben Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) ein Positionspapier erarbeitet, das sich

entschieden für die Erhaltung der gemeinsamen Preiszone ausspricht. Auch das deutsche Bundeswirtschaftsministerium hat Anfang Juli gefordert, im Zuge des künftigen Europäischen Binnenmarktes die Preiszonen auszuweiten und nicht aufzusplitten.

Die Europäische Kommission hat erst diese Woche als wichtigen Diskussionsanstoß eine konsultative Mitteilung zum Marktdesign zur Lösung der dringlichen Probleme am europäischen Strommarkt vorgestellt. Die Kommission betont die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Vernetzung der nationalen Strommärkte, die Vereinheitlichung der Förderung erneuerbarer Energien samt deren Marktintegration und fordert grenzüberschreitende Lösungen für den Regelenergiemarkt.

## Die Position der Wirtschaft im Stenogramm

- **Energieversorgungssicherheit ist entscheidender Standortfaktor**  
Das übergeordnete Ziel einer sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung darf als wettbewerbsentscheidender Standortfaktor nicht verlorengehen. Um den Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln müssen die vielen Vorteile einer gemeinsamen Preiszone wie etwa niedrigere Endkundenpreise durch mehr Wettbewerb und geringere Kosten für die Netzstabilität durch höhere Marktliquidität weiter vorangetrieben werden.
- **Rascher Ausbau der Energie-Infrastruktur ist unumgänglich**  
Der Ausbau des Übertragungsnetzes ist langfristig das effektivste und effizienteste Mittel zur Vermeidung oder Reduzierung von Ringflüssen. Zusätzlich müssen langfristig ausreichende flexible Erzeugungskapazitäten zur Verfügung stehen, um die Netzstabilität trotz der steigenden Mengen volatiler Erzeugung aus Wind und Sonne gewährleisten zu können. Kurzfristig kann auch eine bessere Abstimmung zwischen den Übertragungsnetzbetreibern zur Entspannung der Situation beitragen.
- **Ausbau der erneuerbaren Energien nur Hand in Hand mit dem Netzinfrastrukturausbau**  
In ganz Europa stellen immer mehr Energieversorger ihre konventionellen Kraftwerke ab, weil sie sich gegen den Vorrang für subventionierten Ökostrom am Markt nicht mehr behaupten können. Ohne konventionelle Regel- und Ausgleichskraftwerke bleibt die Energiewende aber auf halbem Wege stehen. Beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren müssen daher sowohl die positiven als auch negativen Effekte auf den Netzbetrieb berücksichtigt werden. Größere Erzeugungsanlagen und Kraftwerksparks können zudem einen Beitrag zur Netzregelung leisten und damit eine bedarfsgerechtere Erzeugung fördern. Auch die Bestrebungen der Europäischen Kommission in Richtung einer Vereinheitlichung der Förderung erneuerbarer Erzeugungskapazitäten würden deren Heranführung an die Marktgegebenheiten unterstützen.
- **Bessere länderübergreifende Abstimmung bei Erzeugungsanlagen und Übertragungsnetz**  
Anstelle die Regel- und Ausgleichsenergie-Bewirtschaftung durch die Teilung der Preiszone künstlich zu verteuern, sollte rasch ein gemeinsamer länderübergreifender Markt für Ausgleichs- und Regelenergie installiert werden. Ansonsten wäre der flexible Einsatz etwa von (Pump-)Speicherkraftwerken nur noch eingeschränkt nutzbar. In einem großen Marktgebiet dürfte schon alleine wegen der höheren Anzahl von Erzeugungsanlagen ein Ausgleich volatil anfallender Produktionsmengen leichter fallen.

- **Ausbau der Eigenerzeugung - insbesondere der Wasserkraft**  
Gerade ein exportorientiertes Bundesland wie Oberösterreich, mit einem hohen Anteil an energieintensiver Produktion, sollte seinen Strombedarf größtenteils eigenständig aufbringen können. Dazu könnte gerade bei Wasserkraftanlagen eine wirtschaftsverträgliche und maßvolle Umsetzung der effektivsten Maßnahmen zur Zielerreichung nach der europäischen Wasserrahmen-Richtlinie auch im Hinblick auf die derzeit diskutierte zweite Umsetzungsperiode des Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans (NGP) wesentlich beitragen.
- **Detaillierte Überprüfung der aktuellen Situation anstelle voreiliger Markteingriffe**  
Die derzeit vom Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber und von der europäischen Energieregulierungsbehörde untersuchten möglichen Optionen eines neuen Marktdesigns müssen von realistischen Szenarien hinsichtlich künftiger Erzeugungs- und Netzkapazitäten ausgehen und auch strukturelle Netzengpässe berücksichtigen. Für einen breiten Konsens ist ein transparenter Prozess unter Einbindung aller Stakeholder entscheidend.

### **Energietag 2015**

Der Energietag 2015 der Sparte Industrie und der Abteilung Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft der WKOÖ wird den Themenkomplex Versorgungssicherheit und Blackout-Prävention am 7. Oktober 2015 im Detail beleuchten. ■